

NEIN ZUR BESCHAFFUNG DES GRIPEN



Die Befürworter argumentieren mit der Sicherheit, der Glaubwürdigkeit der Armee und der Landesverteidigung, kurz mit dem Slogan: «Wir brauchen den Gripen!» – Doch stimmt das wirklich?

Ist es anstelle der Schweiz nicht vielmehr die Rüstungsindustrie, die den Gripen «braucht»? Die Arbeit der Rüstungslobby hat im Parlament gewirkt. Die Befürworter vergassen offenbar, dass wir von Freunden umzingelt sind. Ausserdem besitzt die Schweiz eine Flotte mit 32 kürzlich aufgerüsteten F/A-18-Jets, welche die Sicherheit des Luft- raums gewährleistet.

Die Beschaffung ist purer Luxus,

denn zum Kaufpreis von über drei Milliarden Franken für die 22 Flieger addieren sich während deren Lebensphase weitere Milliarden für Instandhaltung, Weiterentwicklung und Nachrüstung. Zudem handelt es sich um eine unsichere Investition, da der Gripen erst auf dem Papier besteht, der Vertrag über zehn Jahre läuft und sich die Schweiz damit in die Abhängigkeit der Firma Saab begibt. Statt Geld für diese unnötige Aufrüstung auszugeben, sollte sich die Schweiz dringenderen Problemen wie zum Beispiel der Energiewende und den Folgen des Klimawandels zuwenden. Oder sie sollte in die Sicherheit

vor Internetangriffen investieren. Steuergelder welche, in den Gripen investiert werden, lösen sich nur in Schall und Rauch auf!

Der Gripen ist weder sicherheitspolitisch notwendig noch finanzpolitisch verantwortbar. Die Argumente des jungen grünen bündnis nordwest überzeugten die Mitgliederversammlung: Die Nein-Parole wurde ohne Diskussion beschlossen. Weitere Informationen und Argumente auf:

<http://stop-gripen.ch> und
www.jungegruene.ch

Eva Strub und Victor Bättig,
junges grünes bündnis nordwest



Marie-Theres Beeler,
Vizefraktionspräsidentin

Wir brauchen eine regionale Gesundheitspolitik!

Für eine gute Gesundheitsversorgung brauchen wir nicht nur ein medizinisch und wirtschaftlich erfolgreiches Kantonsspital, sondern ein insgesamt optimales Versorgungsangebot.

Das Kantonsspital kann zweifellos einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Aber wir brauchen es nicht als Konkurrenten in sämtlichen Sparten an allen Standorten, sondern als Teil einer Gesundheitsversorgung, zu der es beiträgt, was es sinnvollerweise anbieten soll. Eine Koordination des Angebotes ist dringend nötig, um kein Überangebot mit Kostenfolgen zu schaffen. Einzige Steuerungsmöglichkeit gegen ein Überangebot stationärer Versorgung bleibt die Spitalliste. Inzwischen gibt es zwischen Baselland und Basel-Stadt die Patientenfreizügigkeit. EinwohnerInnen beider Kantone können in jedes Spital beider Kantone ohne Kostenfolgen eintreten. Die gegenseitige Freizügigkeit macht eine gemeinsame Angebotssteuerung nötig. Sonst stützen wir ein Überangebot, das die Gesundheitskosten in die Höhe treibt.

Aus diesem Grund fordern wir Grünen schon lange eine gemeinsame Spitalplanung der beiden Kantone. Demnächst steht unsere Motion zur Überweisung an, um diese Forderung durchzusetzen.

Ja zum Gegenvorschlag zur Hausarztinitiative

In der Bundesverfassung soll eine für alle zugängliche medizinische Grundversorgung von hoher Qualität verankert werden, die durch Hausarztmedizin erbracht wird. Die Initiative wurde innerhalb eines halben Jahres mit 200'000 Unterschriften eingereicht. Unter der Führung von Bundesrat Berset wurde ein zukunftsgerichteter Gegenvorschlag ausgearbeitet und ein rasch umsetzbarer Masterplan bestimmt. Dieser soll die finanzielle Vergütung der Haus- und Kinderärzte gegenüber den Spezialisten aufwerten, die Laboranalysen in

den Hausarztpraxen sichern und die Forschung der Hausarztmedizin in den Universitäten vorwärtsbringen. Ebenso sollen innovative Versorgungsmodelle und der Notfalldienst unterstützt werden.

Im Nationalrat wurde der Gegenvorschlag von allen Parteien ausser der SVP einstimmig angenommen, im Ständerat war das Abstimmungsresultat ebenfalls einstimmig.

Die Grünen Baselland empfehlen die Annahme des direkten Gegenvorschlags zur Hausarztinitiative ohne Gegenstimme.

Michael Vollgraff, Landrat Aesch

Gegenvorschlag schützt Kinder besser – darum Nein zur Pädophilie-Initiative

Die Grünen teilen die Ziele der Initiative von «Marche Blanche»: Pädokriminalität muss dringend besser bekämpft werden.

Das reicht aber nicht, daher haben Bundesrat und Parlament ein Massnahmenpaket geschnürt, welches umfassender und verhältnismässiger ist. Dieser indirekte Gegenvorschlag tritt Anfang 2015 in Kraft. Er nimmt das von der Initiative vorgeschlagene Berufsverbot auf und geht mit den Rayon- und Kontaktverboten noch weiter. Anders als die Initiative ahndet das Gesetz

auch physische und psychische Gewalt. Dadurch werden Kinder und Jugendliche zusätzlich besser gegen häusliche Gewalt geschützt, denn die Täter/innen stammen oft aus dem engsten Familienkreis. Trotz dieser effektiven Revision des Strafrechtes, die alle Parteien ausser der SVP unterstützten, wurde die Initiative leider nicht zurückgezogen. Damit der Weg frei wird für eine Gesetzesrevision, die besser ist und schneller in Kraft tritt sagen die Grünen Baselland Nein zur Initiative.

Maya Graf, Nationalrätin Sissach

Ja zur Mindestlohn-Initiative

Gewerkschaften sagen mit der Initiative «für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)» dem Lohndumping in verschiedenen Branchen wie Pflege, Beauty, und Gastgewerbe den Kampf an.

Ein verbindlicher Mindestlohn bedeutet wirksamen Lohnschutz. Arbeitnehmende in der Schweiz erhalten bessere Chancen, weil Billiglöhne an im Ausland Wohnhafte wegfallen. Wer in der Schweiz

Vollzeit arbeitet, soll von seinem Lohn auch leben können. Leider sind Frauen überdurchschnittlich von Tieflohnen betroffen. Von den rund 330'000 Beschäftigten in der Schweiz, die weniger als 22 Franken pro Stunde verdienen, sind 70 Prozent Frauen. Sie würden – zusammen mit ihren Kindern – ganz

besonders von der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns profitieren. Die Initiative sieht für die Festsetzung der Lohnuntergrenze Ausnahmen in gewissen Branchen und Regionen vor. Die Mitgliederversammlung beschloss mit grossem Mehr die Ja-Parole.

Stephan Grossenbacher, Landrat Niederdorf

Ja zum Pensionskassengesetz

Diese Gesetzesvorlage, die dank der Gemeindeinitiative zustande gekommen ist, ist ein guter und fairer Kompromiss zwischen Kanton und Gemeinden. Der Kanton übernimmt zusätzlich die Kosten für die Ausfinanzierung der Deckungslücke der kommunalen Lehrpersonen. Dadurch wird die im Zusammenhang mit der BLPK-Sanierung zu tragende Last für die Gemeinde um rund 270 Millionen Franken verringert. Die Ausfinanzierung der Pensionskasse muss in jedem Fall vom Steuerzahler bezahlt werden. Es ist administrativ einfacher und viel kostengünstiger,

wenn dies möglichst einheitlich auf der kantonalen Ebene geschieht. Zudem profitieren Arbeitgebende wie Arbeitnehmende von diesem tragfähigen Kompromiss.

Dank der Pensionskassen-Lösung müssen keine Dienstleistungen für die Bewohnerinnen und Bewohner abgebaut werden. Dagegen hätte eine Ablehnung der Vorlage für viele Gemeinden einschneidende finanzielle Konsequenzen. Investitionen und Leistungen müssten schmerzlich reduziert werden. Deshalb empfiehlt die Mitgliederversammlung ein Ja in die Urne zu legen.

Lukas Ott, Stadtpräsident Liestal

Ja zur Einführung einer Gewerbeparkkarte

Im Jahr 2009 führte Basel-Stadt und einige der umliegenden Baselbieter Gemeinden zeitliche Beschränkungen und Gebührenpflicht für Parkplätze ein. Seither sehen sich die Gewerbebetriebe mit einer zusätzlichen Belastung konfrontiert; sei es, dass sie ihre Fahrzeuge oft umparkieren müssen, sei es, dass sich die in den Gemeinden erhobenen Gebühren zu einem beträchtlichen Betrag summieren.

Mit einer sogenannten Gewerbeparkkarte soll es möglich werden,

dass Gewerbetreibende ihre Fahrzeuge während der Arbeit zeitlich unlimitiert in der Nähe ihrer Bau-, Montage- oder Servicestelle abstellen können. Die Kosten betragen in Baselland 100 Franken pro Jahr und Fahrzeug, in Basel-Stadt 200 Franken. 250 Franken sind für eine Karte zu berappen, die in Stadt und Land Gültigkeit hat.

Die Grünen Baselland befürworten mit grossem Mehr die entsprechende Änderung der Kantonsverfassung.

Regina Werthmüller, Landrätin Sissach

Regierungsratskommentar



Isaac Reber, Regierungsrat und Vorsteher der Sicherheitsdirektion

Zuwanderung Nein, Kriegsmaterialexporte Ja?

Initiativen zur Begrenzung der Zuwanderung sind derzeit im Trend. Dies zeigt sowohl das Abstimmungsergebnis vom 9. Februar als auch die unsägliche Ecopop-Initiative (was ist daran eco?).

Tatsächlich ist die Begrenzung der Zuwanderung nichts Neues. Sie gilt gegenüber Drittstaaten (Nicht-EU-Ländern) schon lange. Und realistischerweise geht es auch gar nicht ohne. Wir können nicht alle Probleme dieser Welt lösen, indem die Menschen hierher kommen.

Dieser Ansatz ist auch grundsätzlich falsch, weil die meisten Menschen gar nicht wandern möchten. Die meisten müssen es tun, weil sie Arbeit oder Sicherheit suchen – die Schweiz bietet beides. Dies sind denn auch die Hauptgründe, welche Menschen hierher ziehen, und die gestiegene Mobilität tut ihr übriges.

Wenn wir weniger Wanderung wollen im grossen globalen Dorf, müssen wir dafür sorgen, dass das Wohlstandsgefälle kleiner wird und die Menschen in ihren Herkunftsländern in Sicherheit leben können.

Mit seiner Entscheidung, Kriegsmaterialexporte auch in nichtstabile Länder zuzulassen, hat unser Parlament in Bern genau das Gegenteil getan. Was ist also die Moral von der Geschichte? Wir haben offenbar keine.

Willkommen Nathalie!



Im Dezember 2013 hat der Vorstand der Grünen Baselland Nathalie Martin als Nachfolgerin von Björn Schaub gewählt. Sie hat ihre neue

Aufgabe als Geschäftsführerin der Grünen Baselland am 1. April 2014 aufgenommen.

Nathalie ist in Reinach aufgewachsen und schloss nach dem Studium in Soziologie und Medienwissenschaften einen Master in Nachhaltiger Entwicklung an der Universität Basel ab. In den letzten zwei Jahren war Nathalie als Kommunikationsverantwortliche beim Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt tätig.

Wir wünschen Nathalie einen erfolgreichen Start bei den Grünen Baselland und freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Florence Brenzikofer,
Präsidentin Grüne Baselland

Danke Rosmarie!



Wir danken Rosmarie Lötscher (rechts im Bild) herzlich für Ihre Arbeit als Kassierin der Grünen Baselland. Rosmarie hatte diese Aufgabe während dreieinhalb Jahren inne und trug in dieser Zeit viel zu einer effizienteren Buchhaltung bei.

Im Februar 2014 trat Léonie Laukemann (links im Bild) die Nachfolge von Rosmarie an. Wir wünschen Léonie für ihre neue Aufgabe alles Gute!

Florence Brenzikofer, Präsidentin Grüne Baselland

Parolenkasten 18. Mai 2014

Eidgenössische Vorlagen

NEIN zum Bundesgesetz vom 27. September 2013 über den «Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeuges Gripen (Rüstungsprogramm 2012 und Gripen-Fondsgesetz)»

JA zum Bundesbeschluss vom 19. September 2013 über die medizinische Grundversorgung (Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»)

NEIN zur Volksinitiative vom 20. April 2011 «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»

JA zur Volksinitiative vom 23. Januar 2012 «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)»

Kantonale Vorlagen

JA zur Änderung des Gesetzes vom 20. Februar 2014 über die berufliche Vorsorge durch die Basellandschaftliche Pensionskasse (Pensionskassengesetz)

JA zur Änderung der Kantonsverfassung vom 13. Februar 2014 «Einführung einer Gewerbeparkkarte»

IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne BL, Güterstrasse 83
4053 Basel

Redaktion: info@gruene-bl.ch

Auflage: 1500 Ex.

gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Werden Sie Mitglied (www.gruene-bl.ch)
oder unterstützen Sie die Grünen BL mit einer
Spende (PC-Konto 40-7608-1). Merci.